

## Rechtspolitischer Salon am 16.09.2014 im Rechtshaus der Universität Hamburg zum Thema „Cybermobbing: Die neue Gewalt im Netz – Was können wir tun?“

Der Rechtspolitische Salon ist eine Initiative des Rechtsstandort Hamburg e.V., der sich in loser Folge mit verschiedenen rechtlich und gesellschaftlich relevanten Themen befasst. Anlass zu dieser konkreten Veranstaltung gaben die Bestrebungen der Schul- und Justizbehörde in Hamburg, die Schaffung eines eigenen Straftatbestandes des „Cybermobbings“ auf der Justizministerkonferenz von Bund und Ländern anzustoßen.

Vertreter aus dem schulischen Umfeld, aus Justiz und Politik sowie unmittelbar mit Betroffenen arbeitende Personen fanden sich auf Einladung der Schirmherrin, der Senatorin für Justiz und Gleichstellung, Frau Jana Schiedek, im Rechtshaus der Universität Hamburg, Kooperationspartnerin der Veranstaltung, ein.

Nach Grußworten des Dekans der Juristischen Fakultät der Universität Hamburg, Prof. Dr. Tilman Reppen, veranschaulichte der Senator für Schule und Berufsbildung, Ties Rabe, die Brisanz des Themas aus dem Eindruck seiner täglichen Arbeit. Der Vorsitzende des Rechtsstandort Hamburg e.V., Friedrich-Joachim Mehmel, diskutierte im Anschluss mit Frau Dr. Catarina Katzer, Sozialpsychologin und Mitautorin verschiedener Studien zum Thema, Frau Jun.-Prof. Dr. Stefanie Kemme, Juniorprofessorin für Strafrecht an der Universität Hamburg, und Frau Eva-Maria Kirschsieper, Pressesprecherin der Facebook Germany GmbH.



Stefanie Kemme, Friedrich-Joachim Mehmel, Catarina Katzer, Eva-Maria Kirschsieper

Geschäftsführender Vorstand:  
Friedrich-Joachim Mehmel, Heiko Zier, Christian Graf, Dr. Steffen Koch

Amtsgericht Hamburg, VR 20360  
Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50  
Konto-Nr. 1265 163 699  
[www.rechtsstandort-hamburg.de](http://www.rechtsstandort-hamburg.de)

Geschäftsführung in der  
Fakultät für Rechtswissenschaft  
Jun.-Prof. Dr. Olaf Muthorst Rothen-  
baumchaussee 33  
20148 Hamburg  
Tel.: +49 (0)40 42838 6872  
Fax: +49 (0)40 42838 5528  
[olaf.muthorst@jura.uni-hamburg.de](mailto:olaf.muthorst@jura.uni-hamburg.de)

Geschäftsführung in der Behörde  
für Justiz und Gleichstellung  
RD'in Birgit Geigle  
Drehbahn 36  
20354 Hamburg  
Tel.: +49 (0)40 42843 5278  
Fax: +49 (0)40 42843 5276  
[birgit.geigle@justiz.hamburg.de](mailto:birgit.geigle@justiz.hamburg.de)

Pressesprecherin  
Dr. Anna Noster  
Hanseatische Rechtsanwaltskammer  
Bleichenbrücke 9  
20354 Hamburg  
Tel.: +49 (0)40 357441 29  
Fax: +49 (0)40 357441 41  
[noster@rak-hamburg.de](mailto:noster@rak-hamburg.de)

Frau Jun.-Prof. Dr. Kemme legte die strafrechtliche Bewertung von Cybermobbing innerhalb der bestehenden Rechtslage dar und erläuterte, weshalb die Schaffung eines weiteren Tatbestands aus Sicht vieler Strafrechtler und Kriminologen nicht zielführend sei. Sie verwies insbesondere auf die schwierige rechtsdogmatische Einordnung und auch darauf, dass weitere Strafschärfungen nachweislich Täter nicht von kriminellen Handlungen abhielten. Frau Dr. Katzer, die zu dem Thema seit über zehn Jahren intensiv forscht, stellte die Bestrebungen heraus, im präventiven Bereich tätig zu werden. „Peer-to-Peer“-Konzepte, bei denen ältere Schüler jüngeren den verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien nahe bringen, hätten nachweislich einen großen Effekt. Es sei Aufgabe der Politik und auch der privatwirtschaftlichen Plattformanbieter in diesem Bereich, entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Frau Eva-Maria Kirschsieper, als Vertreterin einer der größten Plattformen weltweit, stellte dar, welche Bemühungen Facebook entfaltet, um Cybermobbing vorzubeugen bzw. auch zu verhindern. So gäbe es Instrumentarien, Verstöße gegen die durch die Plattform aufgestellten Verhaltensregeln zu melden, die dann auch zu Sperrungen führen könnten. Sie stellte außerdem die Bestrebungen des Unternehmens im präventiven Bereich dar.

Der Vorsitzende des Rechtsstandort Hamburg e.V., Friedrich-Joachim Mehmel, resümierte, dass ein eigener Straftatbestand im Sinne positiver Generalprävention und aus Sicht der Opfer wünschenswert sein könnte. Gleichzeitig solle aber keine Norm geschaffen werden, die rechtsdogmatisch schwierig zu fassen und damit wenig greifbar wäre.

Unter Beteiligung des Publikums entstand ein Diskussionsforum, in dem die verschiedenen Aspekte des Themas, so unter anderem auch datenschutzrechtliche Fragen, beleuchtet wurden.

Für Rückfragen:

Dr. Anna Noster

Pressesprecherin

Tel.: 040 357441-29

Fax: 040 357441-41

noster@rak-hamburg.de